

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

12.12.1923 (No. 342)

Bestandpreis: 75 Goldmark. In unserer Verlagsstelle oder in unseren Agenten abgeholt 70 Goldmark. Durch die Post bez. monatlich 3.20 auschl. Zuteilung. Einzelverkaufspreis 15 Pf.

Am Falle höherer Gewalt ist der Verleger keine Verantwortung zu übernehmen. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten über die Ereignisse der Welt, die in den Nachrichten enthalten sind, kann nur dem Verfasser der Nachrichten an dem Tage der Veröffentlichung an demselben Ort übertragen werden.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigenberechnung nach Grund- und Schließjahr: Grundjahr für die halbjährliche Anzeigenzeitung oder deren Raum 200, auswärts 240. Familienanzeigen und Stellenanzeigen 100, Reklametexte 600, an erster Stelle 650. Schließjahr 1400 000 000. Abat nach Tarif. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle: Ritterstraße 1, Fernsprechamt 1. Geschäftsstelle Nr. 18. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20. Geschäftsleiter Nr. 19. Postfach Nr. 9547. Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verlagsdirektion: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Eris Gerhardt; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Genelle: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl v. Laer; für die „Morgenpost“: Heinrich Gerhardt. Druck und Verlag G. B. Müller, Karlsruhe, Mittelstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Düglar, Berlin-Pankow, Mosartstr. 37. Telefon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

120. Jahrg. **Wittwoch, den 12. Dezember 1923** Nr. 342

Zusammentritt des Rhein-Ruhrparlamentes.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns gemeldet:
Gestern trat im Rathause zu Köln zum ersten Male der Rhein-Ruhrparlamentarierbund zusammen als die Vertretung des besetzten Rheinlandes und Westfalens, die vom Reiches sanktioniert ist und die Aufsicht hat, im Rahmen der Richtlinien, die die Reichsregierung aufgestellt hat, die Interessen des besetzten Gebietes wahrzunehmen. Nach Abbruch des passiven Widerstandes ist am Rhein der Gedanke, in weniger festem Zusammenhange mit dem Reich als bisher das Glück zu versuchen, wie ein Irrlicht überall aufgetaucht und hat viele Gemüter vorübergehend betört. In Paris und Brüssel wurde die Konjunktur erfasst und der große Separatistenaufruf in Szene gesetzt. Nichts konnte geeigneter sein, um die Verführten wieder auf den rechten Weg zurückzuführen, als diese Aktion, deren Teilnehmer bestraft, vorbestraft und landfremdes Gesindel waren. In der Abwehr des Falschen einigten sich die Rheinländer, und das Zusammengehörigkeitsgefühl wurde von neuem befestigt. Diesem unangenehmen Gewinn steht aber die Tatsache gegenüber, daß wirtschaftspolitisch das besetzte Gebiet noch mitten in der Krise steht.

Die Rheinländer denken vorläufig noch nicht daran, die Forderungen zu lockern, und die Bedingungen, die das Einkommen zwischen Ruhrindustriellen und Mittelstand enthält, sind so ungeheuer schwer, daß das ganze Wirtschaftsleben des besetzten Gebietes in der Zukunft unter einem kaum zu ertragenden Druck stehen wird. Hier wird das Arbeitsfeld des 60er Ausschusses liegen, dessen technischer Vorschlag es von vornherein ist, daß es einen Ruf von Ausschüssen verhängt hat, die seit Monaten aus dem Abwehrkampf geboren, nebeneinander — im wahrsten Sinne nebeneinander — wirkten. Die Berliner Richtlinien für die Ruhr- und Rheinpolitik gestatten neben der Zusammenfassung des 60er Ausschusses, dem viele bekannte westdeutsche Parlamentarier und Industrielle, sowie Vertreter aller Berufsstände angeschlossen, die Hoffnung, daß mit diesem Parlament die Möglichkeit geschaffen ist, rasch zu den notwendig gewordenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen ohne zeitraubende Instanzenberatungen zu kommen. Es ist selbstverständlich, daß dem 60er Ausschuss keine Befugnisse überlassen sind, die staatsrechtlich ausschließlich der Reichsregierung zustehen.

Es ist notwendig, dies zu betonen, nachdem in der letzten Zeit viele Persönlichkeiten und Abordnungen mit Tirard in Meinungsäustausch über Themen getreten waren, die die Herrschaft des Reiches schon nicht mehr als in vollem Umfang voraussetzten. Je länger eben der Feind an Rhein und Ruhr steht, um so härter und um so schwerer erträglich wird die wirtschaftliche Isolierung der besetzten Gebiete. Diese bedürfen, solange nicht die außenpolitische Entwicklung eine Lenkung der Lage bewirkt, einer Brücke zum Mutterlande, die auf beiden Seiten fest verankert ist. Wir wollen hoffen, daß der 60er Ausschuss diese Brücke wird, an deren Festigkeit die französischen und belgischen Vorschlagsbestrebungen zu scheitern werden. Wie wir ergänzend erfahren, beschäftigte sich das Reichskabinett gestern eingehend mit den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen der besetzten Gebiete. Bis zum Abend lag jedoch noch kein Beschluß vor.

Ein gutes Zeichen?
London, 11. Dez. (Drahtber.) Der politische Beobachter des Blattes „Daily Telegraph“ schreibt, er sei in der Lage, einen neuen französischen Schritt mitzuteilen, der die bestehende Beziehung in den französisch-deutschen Beziehungen zeige. Die französische Regie-

rung habe, nachdem sie eine endgültige Vereinbarung zwischen den französischen und deutschen Banken zur Bildung der Rheinlandnotenbank durchgeführt habe, beschlossen, an die englische Regierung mit dem Angebot heranzutreten, einen Anteil an diesem Syndikat einer britischen Finanzgruppe abzutreten; wenn nicht binnen einiger Tage eine günstige Antwort erfolge, so würde die Vereinbarung durch eine französisch-deutsche Kombination ohne britische Beteiligung durchgeführt. Das Syndikat sei von der Banque de Paris et de Pays Banque gebildet. Natürlich habe die französische Regierung nicht das Recht, anzunehmen, daß die englische Regierung in irgend einer Weise die Tätigkeit der Londoner Finanzleute beeinflussen könne oder werde. Aber die Tatsache dieses bevorstehenden Schrittes von Poincaré sei doch beachtenswert, denn es sei das erste Mal, daß eine gemeinsame deutsch-französische Aktion nicht nur erzwungen, sondern auch durchgeführt und in London unterbreitet worden sei. Dies sei ein gutes Zeichen für die weitere Entwicklung der Politik Poincarés gegenüber Deutschland.

Ein rheinisches Notgeld
Für das besetzte Gebiet mit Ausnahme der Pfalz, Düsseldorf, 11. Dez. (Drahtber.) Es ist im Einvernehmen mit der Reichsregierung gelungen, ein gemeinsames wertbeständiges Notgeld für alle Gemeinden des besetzten Gebietes zu schaffen und zwar des Gebietes, das sich von Dortmund bis nach Ludwigshafen erstreckt und Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, Posen und die Rheinprovinz umfaßt. Die Ausgabe des wertbeständigen Geldes erfolgt durch die Landesbank der Rheinprovinz, die für die gesamten Landesbanken die Geschäfte wahrnimmt. Die Vorbereitungen zur Ausgabe des Geldes sind soweit gediehen, daß wenn keine unvorhergesehenen Störungen eintreten, im Januar 1924 der gesamte Zahlungsmittelbedarf der besetzten Gebiete auf diese Weise wertbeständig gedeckt werden kann. Mit der Befugnis hat man die notwendigen Verhandlungen eingeleitet. Es steht zu hoffen, daß die Verhandlungen in diesen Tagen sowohl für das alte wie für das neue besetzte Gebiet günstig zu Ende geführt werden.

Der Bahnverkehr im Kölner Gebiet.
Köln, 11. Dez. (Drahtber.) Unter der Ueberleitung des Kölner Verkehrsvereins hat die Rheinische Eisenbahnverwaltung einen Bericht, nach dem gestern die britische Militärdelegation sich mit der deutschen Reichsbahndirektion zur Bildung eines Sonderausschusses in Verbindung gesetzt hatte; heute oder in den nächsten Tagen werden im Kölner Direktionsgebäude Verhandlungen mit den Benannten stattfinden. Man hofft schon im Laufe dieser Woche alle technischen Fragen, u. a. die des Fahrplanes und insbesondere die der Zugabnahme nach und von Wachen, Duisburg bzw. Düsseldorf, Bonn usw. zu regeln, sodann noch vor Weihnachten der Verkehr auf allen Strecken im alt- und neubesetzten Gebiet wieder aufgenommen werden kann. Dies gilt freilich nur für Personenzüge, während ein reibungsloser Güterverkehr infolge der Unmöglichkeit des Personalverkehrs noch ziemlich auf sich warten lassen dürfte.

Zurückziehung von Ausweisungsbefehlen.
Paris, 11. Dez. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf ist am 8. Dezember in fünf Fällen von den Befugnisbehörden die Vollziehung von Strafen ausgesetzt worden. Es wurden drei Ausweisungsbefehle zurückgezogen.

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.
w.Berlin, 11. Dez. (Drahtber.) Ueber die Grundlinien des am 8. Dezember d. J. in Washington unterzeichneten Handelsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland erfahren wir folgendes: Die Grundlage des Vertrages bildet die Gewährung der beiderseitigen Meißbegünstigung. Der Vertrag geht über das rein wirtschaftliche Gebiet weit hinaus und greift auch auf kulturelle und andere Fragen über. In dem Vertrag finden unter anderem folgende Punkte ihre Regelung: Einreise, Ausübung des Handels- und Gewerbebetriebes, Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Eigentum, Zulassung und Gründung von Gesellschaften, Beteiligung an ihnen und ihrer Vesteuerung, die Ein-, Aus- und Durchfuhr, die

Die Lage.
Die Reichsregierung hat jetzt die Vollmacht zu handeln und muß sofort zur Tat übergehen. Es handelt sich fürs Erste um ganz elementare Dinge, man möchte fast sagen, um die Lösung eines einfachen Nebenexempels. Nach dem Verschwinden des Billionschillers zeigen sich jetzt die Dinge in nackter Wirklichkeit und es ergibt sich jetzt die ganz einfache Konsequenz, daß die Regierung sich unter allen Umständen nach der vorhandenen Geldbedeckung strecken muß. Ein Mittel muß gefunden werden, um die glücklich begonnene Währungsreform vor dem Verfall zu bewahren. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Einschränkung, die sich die Regierung auferlegen muß, ganz außerordentlich harte Wirkungen ausübt, namentlich in der Befreiung der Beamtengehälter, die außerordentlich niedrig bemessen werden mußten. Erhöhernd kommt hinzu, daß zu Beginn des nächsten Jahres, auch diese Bezahlungsmittel nicht vorhanden sein werden, wenn es der Regierung bis dahin nicht gelingt, neue Einkünfte zu erschließen.

Die Schweiz und die Regie.
Zürich, 11. Dez. (Drahtber.) Der Berner Korrespondent des „Zürcher Tagesanzeigers“ bespricht unter der Ueberschrift: „Die Schweiz als Beiträgerin der Reichsregie“ die Auswirkungen der französisch-belgischen Eisenbahngesetze auf die Schweiz und gelangt zu der Schlussfolgerung, daß bei deren Verwirklichung die Schweiz die hohen Frachtsätze der Regie bezahlen müßte und damit zum großen Teil aus ihrer Taub der Gewinn zur Deckung der Reparationsschulden geschritten würde und daß sie für den Import und Export ausschließlich der französisch-belgischen Waren ausgetauscht sei. Das schweizerische Interesse aber gehe dahin, möglichst viele Wege für die Ein- und Ausfuhr zu haben, die sich gegenseitig unterbieten. Was für die Eisenbahnen gelte, gelte auch für die Rheinschifffahrt. Wer die Eisenbahnzufahrtslinien zu den Rheinhäfen in der Hand habe, habe auch den Rhein selbst in der Hand. Die Schweiz wäre also mit ihrer Gesamtwirtschaft ohne wirksamen Gegenmittel der französisch-belgischen Verkehrs- und Tarifdiskriminierung ausgeliefert. Anders sei es, wenn die Bahnen des Rheinlandes in dem Gesamtneue der deutschen Eisenbahnen bleiben würden.

Ein Franzose über die Pariser Rheinlandpolitik.
Paris, 11. Dez. Der den Professorenkreisen der Sorbonne nahesteheende Professor Emile Kahn schreibt heute in der „Ere Nouvelle“, in der Deffektivität würden die Franzosen beschuldigt, die Trennung der Rheinlande von Deutschland zu verlangen, nicht allein wirtschaftlich, sondern auch politisch, nicht allein die Trennung von Preußen, sondern auch die Trennung von Deutschland selbst. Der französische Oberkommandant Tirard werde beschuldigt, ein rheinisches Diplomatenkorps einzurichten zu wollen und der rheinischen Bevölkerung jede Beteiligung am Reichstag zu verbieten. Der Verfasser sagt: „Sind das wirklich die Absichten des Oberkommandanten? Man geruht nicht, es der Deffektivität zu sagen; auf alle Fälle entsprechen sie französischen Präntationen.“ Er werde demnach zeigen, wie derartige Präntationen mit der Auffassung Poincarés im Zusammenhang stehen und daß dessen Politik auf die Verwirklichung des Reiches abzielt.

Frage der Handelsreisenden und des Musterverkehrs. Einen integrierenden Bestandteil des Vertrages bildet ein eingehendes Konfularkommen. Die Geltungsdauer des Vertrages beträgt 10 Jahre, vom Tage der Ratifikation ab. Nach Ablauf dieser Zeit gilt eine einjährige Säundigungsfrist.

Die Lage.
Die Reichsregierung hat jetzt die Vollmacht zu handeln und muß sofort zur Tat übergehen. Es handelt sich fürs Erste um ganz elementare Dinge, man möchte fast sagen, um die Lösung eines einfachen Nebenexempels. Nach dem Verschwinden des Billionschillers zeigen sich jetzt die Dinge in nackter Wirklichkeit und es ergibt sich jetzt die ganz einfache Konsequenz, daß die Regierung sich unter allen Umständen nach der vorhandenen Geldbedeckung strecken muß. Ein Mittel muß gefunden werden, um die glücklich begonnene Währungsreform vor dem Verfall zu bewahren. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Einschränkung, die sich die Regierung auferlegen muß, ganz außerordentlich harte Wirkungen ausübt, namentlich in der Befreiung der Beamtengehälter, die außerordentlich niedrig bemessen werden mußten. Erhöhernd kommt hinzu, daß zu Beginn des nächsten Jahres, auch diese Bezahlungsmittel nicht vorhanden sein werden, wenn es der Regierung bis dahin nicht gelingt, neue Einkünfte zu erschließen.

Der Finanzminister hat in seiner letzten Rede im Reichstage mit heiligem Ernste versprochen, daß eine neue Inflation nicht verschuldet werden soll. Es bleibt dann nur noch der Weg einer ganz gründlichen Steuerreform, die dem Reiche nicht nur genügend habe, sondern auch sofort greifbare Mittel zuführt. Und hier wird die erste Aufgabe des Kabinetts zu suchen sein. Auf Grund des Artikels 48 sind schon die Vorbereitungsmaßnahmen getroffen worden. Die Durchführung der Steuern im einzelnen wird jetzt auf dem Verordnungswege erfolgen und es wird dabei von dem Grundsatze ausgegangen werden, daß unser Steuerapparat auf eine ganz elementare Form vereinfacht werden muß, wenn er seine Schuldigkeit tun soll. Der Steuerzahler, der bisher im großen und ganzen gute Lage gehabt hat, wird das neue Steuerregime zweifellos sehr stark verspüren. Für manche werden die Steuern hart und drückend sein und das um so mehr, als die Steuer manchen seit Jahren überhaupt nicht gedrückt hat. Wir werden uns aber auch wieder an das Steuerzahlen gewöhnen müssen, denn nur, wenn man dem Staate gibt, was des Staates ist, werden wir die Vorzüge der Währungsreform uns dauernd erschließen können.

Auf dem Gebiete der äußeren Politik wird in der vor uns liegenden Woche die Auswirkung der englischen Neuwahlen die Hauptsache sein. Es ist in England der bisher noch niemals dagewesene Zustand eingetreten, daß eine Partei für sich allein nicht imstande ist, eine Regierung zu bilden. Das englische parlamentarische System war vollständig aufgebaut auf dem Grundsatze des Wechsels zwischen zwei Parteien. Die Wahlkraft befähigte entweder die Herrschaft der bis dahin regierenden Partei oder aber sie verschaffte der Oppositionspartei die Regierungsgewalt. Durch das Auftreten der englischen Arbeiterpartei ist dieses Grundverhältnis der englischen Politik vollständig verschoben worden und die Parteien stehen jetzt vor der in Deutschland ja leider Gottes nur allzu bekannten Frage: Was nun? Man kann aber mit Sicherheit annehmen, daß man sich in England sehr rasch zu helfen weiß. Ob man wirklich dazu übergeben wird, nochmals Neuwahlen vorzunehmen, und zwar diesmal unter einer anderen Parole, ist doch wohl zweifelhaft. Es wäre kaum zu erwarten, daß man durch Neuwahlen die augenblicklich bestehenden Schwierigkeiten aus dem Wege räumen kann. Mit größerer Wahrscheinlichkeit wird man dem Veruche von Koalitionsbildungen entgegensehen können. Und hier ist von großer Bedeutung, daß die konservative Partei keineswegs ein einheitliches Gebilde ist, sondern auf dem linken Flügel zahlreiche Elemente hat, die sich den Liberalen nähern und auf der rechten die extremen Diehards stehen. Da der extreme konservative Gedanke politisch und wirtschaftlich in England abgewirkt hat, so kommt vielleicht auch dort eine Regierung der Mitte zustande, die allerdings dann weitlich tragfähiger sein wird als die entsprechende deutsche Koalition.

Der Gegensatz in der Sozialdemokratie.
Berlin, 11. Dez. Die Berliner sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsfunktionäre nahmen mit großer Mehrheit eine Entschließung an, in der die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum zweiten Ermächtigungsgesetz verurteilt wird.

Das Urteil des amerikanischen Handelsministers Hoover über Deutschlands Not.

London, 11. Dez. (Drahtber.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Washington besagt ein vom Handelssekretär Hoover verfaßter Bericht über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, daß Deutschland drei größeren Schwierigkeiten gegenüberstehe. Die erste sei der Zusammenbruch der deutschen Währung, der die Verteilung der letzten Ernte katastrophal beeinträchtigt habe, da die Landwirte das so gut wie wertlose Papiergeld nicht annehmen wollten. Die zweite Schwierigkeit sei die, daß die deutschen Kaufleute das angemessene Maß der Einfuhr, das notwendig sei, um das Defizit der inneren Erzeugung auszugleichen, nicht finanzieren könnten, weil die verringerte Ausfuhr die kaum zur Verfügung stehende Menge auswärtiger Devisen vermindert habe. Die dritte Schwierigkeit sei die weit verbreitete Arbeitslosigkeit, infolge deren Millionen von Arbeitern nicht genügend Lebensmittel kaufen könnten, selbst wenn sie sich auf dem Markt befänden. Hoover erklärt, der normale Prozess der Verteilung vom Lande nach der Stadt sei unterbrochen und viele Geschäfte seien gezwungen, zu schließen. Die Landbevölkerung sei reichlich mit Lebensmitteln versorgt, und in etwas geringerer Maße auch die kleineren Städte in den landwirtschaftlichen Bezirken, die in der Lage seien, mit landwirtschaftlichen Landhandel zu treiben. Vermögende Leute in den größeren Städten und die teuren Hotels und Restaurants seien ebenfalls gut versorgt. Die gesamte Last des wirtschaftlichen Bankrotts hätten die Arbeiterbevölkerung, die Alten und Invaliden in den größeren Städten und in den Industriebezirken zu tragen, insgesamt etwa 20 Millionen Menschen. Deutschland müsse eine gewisse Menge Lebensmittel einführen. Die für das gegenwärtige Erntejahr benötigte Einfuhrmenge werde unter der Voraussetzung, daß die Verteilung im Innern sichergestellt werden könne, etwa 50 Millionen Büschel Weizen, 700 000 Tonnen Schweinefleisch, Mollerschmalz, Pflanzenöl und Delfischöl betragen. Im Ruhrgebiet herrsche seit langem völlige Arbeitslosigkeit, und sie nehme an anderen Orten Deutschlands zu. Die Not sei groß und unter ihr hätten besonders die Kinder zu leiden. Es sei alles in allem ein akuter wirtschaftlicher Zusammenbruch. Zum Schluß erklärt Hoover, die Lösung, die am ersten den Wiederanbau verspreche, sei die Schaffung eines auswärtigen kommerziellen Kredites für die Lieferung von Lebensmitteln, für deren Einfuhr die Erlaubnis jetzt von der deutschen Regierung nachgesucht werde. Eine derartige Kreditoperation würde nicht nur eine vermehrte Einfuhr schaffen, sondern sie würde auch infolge des Vertrauens dieser Einfuhr im Innern der neu eingeführten Währung einen substantielleren Hintergrund geben. Aus einer derartigen Anleihe könnten die Arbeitslosenunterstützungen und die öffentlichen Wohltätigkeitsleistungen bestritten werden. Die vorgeschlagene Maßnahme werde natürlich nur eine zeitweilige sein, denn die endgültige Lösung des Problems werde nur durch die Regelung der politischen Beziehungen, der Wiederherstellung der Währung und der Produktion herbeigeführt werden. Dies würde auf jeden Fall Zeit erfordern.

Amerikanische Pläne für eine deutsche Anleihe.

Eine Gruppe von sechs amerikanischen Banken hat eine Untersuchung über die deutschen Wirtschaftsverhältnisse eingeleitet, die zur Grundlegung eines dem deutsch-holländischen Kreditabkommen ähnlichen Planes dienen soll. An der Spitze der Untersuchungskommission wird der amerikanische Nationalökonom Professor Jentsch stehen, der bereits im Jahre 1921 auf Einladung der deutschen Regierung die Wirtschaftslage Deutschlands studiert hatte; mit ihm arbeiten außer einigen englischen und amerikanischen Bankfachleuten auch Professor John Maynard Keynes. Geplant ist, eine Privatbank mit einem Kapital von 250 000 000 Dollar zu errichten, das zur Hälfte von amerikanischen

und zu je einem Viertel von englischen und deutschen Banken bereitzustellen sei. Der Hauptsitz dieser Bank wird in Berlin sein, während der größte Teil des Kapitals in New York verbleiben soll.

Das endgültige Wahlergebnis in England.

London, 11. Dez. (Drahtber.) Der Stand der Parteien ist kurzelt: Konservative 256, Arbeiterpartei 189, Liberale 157, Unabhängige 8. Nach einer veröffentlichten Statistik haben sich an den englischen Wahlen 71 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung beteiligt. In London betrug die Wahlbeteiligung 60 Prozent.

Um Baldwin's Verbleiben.

London, 11. Dez. (Drahtber.) Die Londoner Presse ist heute nahezu einmütig der Auffassung, daß die Regierung Baldwin vorläufig im Amt bleibe und sich am 8. Januar 1924 dem Parlamente wieder vorstellen werde. Die liberalen Mütter sehen indessen den Sturz der Regierung voraus. „Daily Chronicle“ schreibt, daß Baldwin durch sein Verbleiben im Amt das Land sehr verstimmt habe und daß diese Frage geübt zwischen Lloyd George und Asquith gründlich behandelt wurde. Asquith hätte dem „Daily Express“ zufolge erklärt, daß eine konservative Regierung im Amt bleiben könne aber nur mit Balfour als Ministerpräsidenten und Chamberlain als Sprecher im Unterhaus. „Daily Mail“ zweifelt nicht daran, daß Baldwin nach seinem Ertrinken im Unterhaus sofort gestürzt werden würde.

England beschwichtigt die Angst in Paris.

Paris, 11. Dez. (Drahtber.) Lord Robert Cecil, der in Paris an den Beratungen des Völkerbundrates teilnimmt, hat dem Blatt „L'Express“ in einer Unterredung u. a. über die Aussichten der Rabinetsbildung in England erklärt: Was die nächste englische Regierung gestalten sein möge, es gebe zweierlei, dessen man sich in Frankreich versichert halten könne: erstens werde die neue englische Regierung, wie sie auch sei, den Frieden wünschen und mit aller Kraft an seiner Erhaltung arbeiten; zweitens werde sie alles tun, um die freundschaftlichen Beziehungen Englands zu Frankreich zu stärken.

Amerika verkauft keine Flotte.

Paris, 11. Dez. (Drahtber.) Nach einer Havasmeldung aus Washington fordert der Marinesekretär in seinem Jahresbericht an den Kongreß einen Kredit von 30 Millionen Dollar zur Modernisierung der Flotte und zum Bau von acht großen Kreuzern, drei Unterseebooten und sechs Kanonenbooten. Der Bericht erklärt die Kreuzer für eine Offensiv- und Defensivwaffe zugleich. Sie stellen ein Hauptelement der Flottenstrategie dar, worin die Vereinigten Staaten, verglichen mit der englischen Marine, ernstlich im Rückstand seien.

Deutsches Reich

Die Demobilisierungsverordnungen.

Berlin, 11. Dez. Der Ständeherausschuß des Reichstags wird sich u. a. auch mit den Anträgen der Sozialdemokraten und Kommunisten zu befassen haben, die die Demobilisierungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblischer Arbeiter und über die Arbeitszeit der Angestellten wieder in Kraft zu setzen. Die Entschließung, die an die Reichsregierung dieses Verlangens stellt, ist nämlich in nachträglicher Herstellung, nicht zum Beschluß erhoben, sondern vorläufig dem Ständeherausschuß zur weiteren Behandlung überwiesen worden. Der Reichstag hat also zur Frage der Wiederherstellung der genannten Demobilisierungsverordnungen selbst noch keine Stellung genommen.

Die Ordnung des Notgeldumlaufs.

Berlin, 11. Dez. (Drahtber.) Laut „Tagblatt“ steht die Veröffentlichung einer weiteren Verordnung über die Regelung des Notgeld-

wesens in Aussicht. Die neue Verordnung sieht eine Zentralisierung des Auftrages des Notgeldes beim Reichsfinanzministerium vor. Das Blatt hört, daß mit dem Aufruf des werbefähigen Notgeldes etwa am 15. Januar begonnen werde. Das nicht werbefähige Notgeld, mit Ausnahme des Eisenbahnnotgeldes, gelange bereits in den nächsten Tagen zum Aufruf. Der Gesamtumsatz von werbefähigem Notgeld könne zurzeit auf etwa 400 Millionen Goldmark veranschlagt werden.

Arbeitszeit und Gehalt.

Berlin, 11. Dez. Die seitigen Verhandlungen im Reichsministerium des Innern zwischen der Reichsregierung und den Beamtenorganisationen führten, den Vätern zufolge, zu keiner Einigung. Es sei damit zu rechnen, daß trotzdem die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamten durch eine Verordnung zur Durchführung kommt.

Aufbarmachung staatlicher Gebäude.

Berlin, 11. Dez. (Drahtber.) Der 15-gliedrige Ausschuß, dem die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen vorzulegen sind, damit er sich in vertraulicher Sitzung dazu äußere, beschloß sich heute mit der Beamtenabbauperordnung. Nach einer ausführlichen Darstellung der katastrophalen Finanzlage des Reiches durch den Reichsfinanzminister Dr. Luther nahmen die Parteirepräsentanten zu den Richtlinien des Beamtenabbaues in eingehender Erörterung Stellung. Nach Schluß der allgemeinen Aussprache wurde ein Antrag angenommen, worin die Regierung ersucht wird, die dazu geeigneten reichseigenen Gebäude durch Einbau von Wänden und durch Umgestaltung zu Bürobüroen wirtschaftlich ertragreich zu machen. Mit der Beratung der eigentlichen Beamtenabbauperordnung wird morgen begonnen werden.

Die Sparmaßnahmen in Bayern.

München, 11. Dez. In einer Bekanntmachung sämtlicher Staatsministerien an die Beamtenschaft wird erklärt, daß die außerordentliche Notlage der Finanzen zu einem Abbau des Beamten- und Angestelltenkörpers zwingt. Da der Aufgabekreis der Behörden nicht irgendwie vermindert werden könne, müsse zunächst die Arbeitszeit der Beamten und Angestellten soweit wie möglich gesteigert werden. Die 48stündige Wochenarbeitszeit könne nur noch eine Mindestarbeitszeit darstellen. Die Beamten werden verpflichtet, über die festgesetzten Dienststunden hinaus zu arbeiten, ohne eine besondere Entschädigung dafür zu erhalten. Ueber 54 Stunden soll sich die Arbeitszeit im allgemeinen nicht erstrecken.

Die schwierige Lage der Bahn.

Berlin, 11. Dez. (Drahtber.) Im Reichsverkehrsministerium fand gestern unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dezer eine Sitzung des Organisationsausschusses statt. Der Minister machte, wie die Blätter hören, Mitteilung über die schwierige finanzielle Lage der Reichsbahnen, die hervorgerufen worden sei durch das Abschneiden des Kredits durch das Reichsfinanzministerium. Die vor einigen Tagen veröffentlichte Nachricht über die Absicht der Industriellen, der Reichsbahn gegen die Bewilligung gewisser Forderungen Mittel zur Verfügung zu stellen, war Gegenstand der Aussprache. Es wurde verschiedenerseits angeregt, die Kreditfrage in einer anderen Weise zu lösen. Weiter machte Minister Dezer Mitteilung über die Umstellung der Reichsbahn auf kaufmännischer Grundlage, die in möglichst kurzer Zeit reiflos durchgeführt werden solle. Die mehrere Mäler von unrichtiger Seite erfahren haben, ist tatsächlich ein Angebot maßgebender industrieller Kreise in der Frage der Kreditbeschaffung der Reichsbahnverwaltung gemacht worden.

Die neuen Beamtengehälter.

Vom Zeitungsdienst des Deutschen Beamtenbundes wird zum Vergleich der seit ab 1. Dezember laufenden Gehälter mit den Vorkriegsgehältern folgende Gegenüberstellung gegeben:

Table with columns: Vorkriegsband, Stufe, Gehalt, and corresponding post-war values for various ranks from I to XXIII.

Zu diesen Zahlen tritt überall ein Ortszuschlag; er beläuft sich in Drisaruppe A auf einem Einkommen bis 726 Mark auf 120 Mark, bis 834 auf 150, bis 978 auf 180, bis 1200 auf 210, bis 1500 auf 260, bis 2070 auf 270, über 2070 auf 300 Mark.

Die Frauenaufgabe beträgt 84 Mark im Jahr, die Kinderzulage bei einem Kind vom 1. bis 6. Lebensjahr 182, vom 7. bis 14. Lebensjahr 150 und vom 15. bis 21. Lebensjahr 180 Mark jährlich.

Bei dieser Gegenüberstellung ist zu berücksichtigen, daß die Kaufkraft der Mark nach dem amtlichen Index vom 26. November und 3. Dezember (rund 1,5 Billionen) um ein Drittel gesunken ist, so daß, um auf den Realwert der Gehälter zu kommen, ein Drittel der neuen Gehaltsätze in Wang gebracht werden muß.

Berschiedene Drahtmeldungen

Grubenunglück. Gindenburg, 11. Dez. (Drahtber.) Aus bisher nicht bekannter Ursache brach gestern Abend auf den staatlichen Debrüchschächten unter Tage ein Grubenbrand aus, dem um 1 Uhr nachts eine Explosion folgte. Von den in der Nähe des Brandortes vorhandenen 13 Mann schwer Verwundeten wurden dem Krankenhaus zugeführt. Fünf Mann sind noch eingeschlossen; ihre Rettung ist zweifelhaft.

Revolution in Mexiko.

Paris, 11. Dez. (Drahtber.) Havas zufolge wird aus Mexiko berichtet, daß die Revolutionäre die Generalverlangungen, den sie gefangen genommen hatten, erfüllt haben.

Republikanische Bewegung in Persien.

Paris, 10. Dez. (Drahtber.) Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel soll die republikanische Bewegung in Persien an Ausdehnung zugenommen haben. Die Meldung behauptet, daß der ehemalige Schah, der sich lange Zeit in Konstantinopel aufgehalten hat, nach Paris gereist sei, um mit dem derzeitigen Schah die Lage abzusprechen.

Midas.

Von Peter Hubert Becker.

Die Lösung ist höchst einfach — ein Hund muß her! So sagte der Konjul Dr. Theo Zed zu seiner schönen jungen Gattin, nachdem diese ihm geklagt, daß sie sich oftmals langweile, zumal sie ja kein Kind habe und für Kaffeekränzchen und für den Markt und Frisch ihrer Freundinnen und Bekannten sich nicht erwidern könne. Nun erwiderte sie mit bedrückendem Lächeln: Ein Hund, sagst Du? Du, Theo, das ist doch wohl nur ein Scherz? Im Gegenteil, liebes Kind, blutiger Ernst! Wende mir, diese vierbeinigen Freunde sind in der Regel besser und zuverlässiger, als die zweibeinigen. Sie sind unterhaltend, verschwiegen, folgenhaft, treu und anhänglich bis zur sicheren Selbstvernichtung. Man hat davon führende Beweise. Aber nenne mir einen Menschen, der sich dieser Eigenschaften in atletem Maße rühmen darf. Außerdem wäre so ein Hund für Dich ein vortrefflicher Beschützer und Begleiter auf Deinen täglichen Spaziergängen, die der Arzt Deinen Nerven verordnet hat. Immerhin also ein gewisser Ersatz, wenn ich verbinde bin. Ergo — ein Hund muß her! Die schöne Frau lachte heimlich und schwieg. Sie wußte, daß ihr Gatte auch ausführte, was er sich einmal in den Kopf gesetzt. Der Konjul schlug die Zeitung auf und vertiefte sich in den Tiermarkt. „Also hör zu, mein Kind Plutischer — Zwergadädel — kleiner Spitz — nein, nein, nicht geschickt! Bulldogge? Bernharden? Auch nichts — freies einen arm! Aber hier Grönländischer Robbenfänger, liebes, anhängliches Tier ufm. — Das wäre am Ende was. Kenne zwar die Rasse nicht. Klingt aber nicht schlecht. Den werde ich mir mal ansehen!“ „Midas“ blieb der angeblühete grönländische Robbenfänger. Im ersten Halbjahr seines Lebens wurde er Puhi genannt. Den späteren Namen Midas verdankt Puhi der Gutmütigkeit seines Herrn, der es nicht übers Herz bringen konnte, dem lieben Hundel in seiner Jugend die Ohren kappen zu lassen. Die wuchsen nun ungehindert in die Wolken. Wegen dieser endlosen, hochstehenden Ohren erhielt Puhi also den Namen des großen Zygianer aus der alten Sage bekannten langohrigen Königs Midas. Midas ist der häßlichste Hund, den man sich vorstellen kann. Er ist sojungen ein Triumph der Häßlichkeit die reine Karikatur. Kein Wunder, daß selbst Mitkennner an seiner angeblüheten Rasse zweifeln und die Bezeichnung „grönländischer Robbenfänger“ für einen schlechten Witz halten. Aber, mein Gott, was liegt daran? Es gibt Rotenfänger, die niemals eine Note gesehen, geschweige denn eine gefangen haben. Warum soll es keine grönländischen Robbenfänger geben, die weder Grönländ gegeben, noch je eine Robbe gefangen haben! Kein Zweifel, daß Midas zu dieser Sorte gehörte. Es ist nicht leicht, sich ein Bild von ihm zu machen, ohne ihn persönlich zu kennen. Immerhin — man denke sich einen Mops, einen Dadel, eine Bulldogge, einen Bärenschauz und noch irgend ein anderes Tier, mehrerwegen einen Damier — von jedem etwas, dazu das farbenschöne, struppige Fell, der robbenähnliche Kopf mit den hochstehenden Knäuelohren und dem langborstigen, trüblich herunterhängenden Schnauzhaar, am entgegengeletzten Ende einen wuschelförmigen, mit vier dunnhaarigen Schwüren verzerrten Schwanzstummel — und dieses unüberliche Gebräu ist Midas. Der Konjul war einen Augenblick betroffen, als Midas ihn vorgeführt wurde und ihn unter giftigen Seitenblicken aus seinen grünländischen Augen einen Welle anstarrte. So hatte er sich den Robbenfänger nicht vorgestellt, so nicht. Trotzdem, er gefiel ihm in seiner prachtvollen Häßlichkeit. Midas lächelte das, setzte sich aufwartend hin und bot dem Konjul beide Fragen.

Der Handel wurde abgeschlossen. Eine halbe Stunde später fand der Konjul mit Midas vor seiner Gattin: „So, mein Kind, da ist er — Midas, der grönländische Robbenfänger. Ein Prachtstier, ein Unikum. Zwar ein wenig häßlich, aber treu.“ Die Konjulin brach beim Anblick des großen Tieres in fröhliches Lachen aus. „Häßlich, aber treu! Und Du wollst der gewisse Ersatz sein — für den da?“ Midas nickte, setzte den Kopf, als ob er „Ja“ sagen wollte und zeigte der schönen Frau demütig seine knorrigen Pfoten. Für Midas kamen nun gute Tage. Kein Vergleich gegen früher. Er hatte ein weiches Lager, bekam reichliche Kost, herrliche Knochen, er wurde gewaschen, gebadet, gebürstet und gekämmt, kurz er wurde gezeugt und gepflegt wie ein Mensch, fast wie ein Prinz. Und wenn er dann an der eleganten neuen Leine und mit dem prächtigen silbernen Schwuppenhalsband, das von dem futuristischen Farbenmischmeister seines rauhhaarigen Vorgesetzten Herrin daherwandelte, dann war er fast immer der Gegenstand lebhafter Kritik. Die einen hielten ihn für eine ganz besondere Rasse, für eine exotische Seltenheit, die anderen lachten und spotteten. Eines Tages trat in den Anlagen ein alter, vornehmer Herr ehrerbietig auf die Konjulin zu. „Oh — pardon, meine Gnädigste! Bitte untertänigst um Verzeihung. Weiß wohl, eigentlich unerhörte Audringlichkeit, Gnädigste an Inkommodieren... Könnte aber nicht anders... Schon wiederholt Gnädigste bemerkt mit diesem prachtvollen Hund... Interessiert mich kolossal... Mir schon lange so'ne Art gewünscht... Würde jeden Betrag zahlen. Wirklich, beneide Gnädigste. Gehalten ergebene Frage: wo zu kaufen, und was für Rasse?“ Die Konjulin wollte gegenüber der respektvollen Art des alten Herrn nicht unliebenswürdig erscheinen und erwiderte, der Hund sei

ingendwo von ihrem Gatten — wo wisse sie nicht — als grönländischer Robbenfänger gekauft worden. „Ah... grönländischer Robbenfänger... höchst interessant... Habe davon schon gehört... Döne Zweifel kolossal seltsames Tier... Möchte Gnädigste gerabesu beneiden... Ich wohl, beneiden!“ Nach einigen Schmeichelworten an Midas, die dieser miträuschlich Entzand und mit schelmischen Seitenblicken erwiderte, empfahl sich der alte Herr. Der Konjul suchte, als ihm seine Gattin von dieser Begegnung und von dem Aussehen erzählte, das Midas manchmal an ihrer Seite her vorrieff. Unwillkürlich warf er einen prüfenden Blick auf das große Tier, das sich neben der schönen, jungen Frau allerdings auffällig annahm. Wäre es am Ende nicht besser, dachte er sich dieses häßlichen Bastards an entliehen? Die Gelegenheit dazu kam rascher, als er erwartet. Am anderen Vormittag erhielt der Konjul in einer amtlichen Sache den Besuch des Barons v. Glaf. Während des Gesprächs erwichen plötzlich die Konjulin, um ihrem Gatten eine kleine Mitteilung zu machen. Neben ihr an der Seite schritt Midas. Bei ihrem Anblick erhob sich der Baron betroffen. Als dann der Konjul ihn seiner Gattin vorstellte, da erkannte diese in dem alten Herrn zu ihrer Überraschung den Bewunderer des Robbenfängers. „Oh — wir kennen uns ja bereits“, sagte sie mit feinem Lächeln. Ein wenig verlegen erklärte der Baron dem erkannten Konjul: „Sie sehen, lieber Konjul, bin kolossal überrascht... Habe allerdings bereits den Vorzahn Frau Gemahlin zu kennen... Weiß wohl, was große Annäherung von mir... Natürlich keine Ahnung gehabt.“ „Ah“, unterbrach ihn der Konjul, „meine Frau hat mir davon erzählt. Also Sie, lieber

Baron, Sie sind der Bewunderer des Robbenfängers? Ich habe Sie schon oft gesehen, aber Sie haben mich nie erkannt. Sie sind ein sehr interessantes Tier, ein Unikum. Ich würde jeden Betrag zahlen. Wirklich, beneide Sie. Gehalten ergebene Frage: wo zu kaufen, und was für Rasse?“ Die Konjulin wollte gegenüber der respektvollen Art des alten Herrn nicht unliebenswürdig erscheinen und erwiderte, der Hund sei irgendwo von ihrem Gatten — wo wisse sie nicht — als grönländischer Robbenfänger gekauft worden. „Ah... grönländischer Robbenfänger... höchst interessant... Habe davon schon gehört... Döne Zweifel kolossal seltsames Tier... Möchte Gnädigste gerabesu beneiden... Ich wohl, beneiden!“ Nach einigen Schmeichelworten an Midas, die dieser miträuschlich Entzand und mit schelmischen Seitenblicken erwiderte, empfahl sich der alte Herr. Der Konjul suchte, als ihm seine Gattin von dieser Begegnung und von dem Aussehen erzählte, das Midas manchmal an ihrer Seite her vorrieff. Unwillkürlich warf er einen prüfenden Blick auf das große Tier, das sich neben der schönen, jungen Frau allerdings auffällig annahm. Wäre es am Ende nicht besser, dachte er sich dieses häßlichen Bastards an entliehen? Die Gelegenheit dazu kam rascher, als er erwartet. Am anderen Vormittag erhielt der Konjul in einer amtlichen Sache den Besuch des Barons v. Glaf. Während des Gesprächs erwichen plötzlich die Konjulin, um ihrem Gatten eine kleine Mitteilung zu machen. Neben ihr an der Seite schritt Midas. Bei ihrem Anblick erhob sich der Baron betroffen. Als dann der Konjul ihn seiner Gattin vorstellte, da erkannte diese in dem alten Herrn zu ihrer Überraschung den Bewunderer des Robbenfängers. „Oh — wir kennen uns ja bereits“, sagte sie mit feinem Lächeln. Ein wenig verlegen erklärte der Baron dem erkannten Konjul: „Sie sehen, lieber Konjul, bin kolossal überrascht... Habe allerdings bereits den Vorzahn Frau Gemahlin zu kennen... Weiß wohl, was große Annäherung von mir... Natürlich keine Ahnung gehabt.“ „Ah“, unterbrach ihn der Konjul, „meine Frau hat mir davon erzählt. Also Sie, lieber

